



FSK-Vorsitz: Kroatien

OSZE-Vorsitz: Spanien

**28. GEMEINSAME (SONDER)SITZUNG
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION
UND DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Mittwoch, 23. Mai 2007

Beginn: 10.30 Uhr

Schluss: 12.25 Uhr

2. Vorsitz: V. Matek (FSK) (Kroatien)
C. Sánchez de Boado y de la Válgoma (StR) (Spanien)

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachten der Ständige Rat und das Forum für Sicherheitskooperation in kurzem Schweigen der Opfer des Bombenanschlags in Ankara vom 22. Mai 2007.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ANSPRACHE DES MINISTERS FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER
RUSSISCHEN FÖDERATION,
S.E. SERGEI LAWROW

Vorsitz des StR, Vorsitz des FSK, Minister für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Montenegro; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island; sowie mit Moldau) (FSC-PC.DEL/13/07), Norwegen (auch im Namen Deutschlands, der Vereinigten Staaten von Amerika, Belgiens, Bulgariens, Kanadas, Dänemarks, Spaniens, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, Griechenlands, Ungarns, Islands, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Polens, Portugals, Rumäniens, der Slowakei, der Tschechischen Republik und der Türkei) (Anhang), Kirgisistan (FSC-PC.DEL/15/07 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC-PC.DEL/18/07), Kanada (FSC-PC.DEL/21/07/Corr.1), Serbien (FSC-PC.DEL/17/07 OSCE+), Belarus

(FSC-PC.DEL/14/07 OSCE+), Aserbaidtschan, Armenien, Schweiz
(FSC-PC.DEL/24/07 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

Keine

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 11. Juli 2007, 10.00 Uhr im Neuen Saal



28. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 15, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION NORWEGENS

Herr Vorsitzender,

unter Bezugnahme auf die vom Minister für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, Seiner Exzellenz Sergei Lawrow, betreffend den KSE-Vertrag abgegebenen Kommentare möchte ich auf eine Erklärung verweisen, die die Delegation Kanadas im Namen Deutschlands, der Vereinigten Staaten von Amerika, Belgiens, Bulgariens, Kanadas, Dänemarks, Spaniens, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, Griechenlands, Ungarns, Islands, Italiens, Luxemburgs, Norwegens, der Niederlande, Polens, Portugals, Rumäniens, der Slowakei, der Tschechischen Republik und der Türkei am 8. Mai in der Gemeinsamen Beratungsgruppe abgegeben hat.

Im Namen dieser OSZE-Teilnehmerstaaten kann ich bestätigen, dass sie sich unverändert und vollinhaltlich zu der genannten Erklärung bekennen. Sie bekräftigen die fundamentale Rolle des KSE-Vertrags als Eckpfeiler der europäischen Sicherheit und unser Bekenntnis zu seinen Zielen. Sie bekräftigen ferner ihre Entschlossenheit, nach Treu und Glauben alle sich aus dem Vertrag und den dazugehörigen Dokumenten ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen, deren Durchführung zu mehr Vertrauen und Transparenz unter den Vertragsstaaten geführt hat. Sie möchten auf diesem Vertrauen und dieser Transparenz weiter aufbauen, indem sie mit allen Vertragsstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Beratungsgruppe sowie im NATO/Russland-Rat zusammenarbeiten.

Sie registrieren daher mit Sorge die Aussagen von Präsident Putin vom 26. April 2007 in seiner Rede vor der Russischen Bundesversammlung, in der er vorschlug, die Möglichkeit der Aussetzung der Durchführung des KSE-Vertrags durch die Russische Föderation zu prüfen. Sie wären ernstlich besorgt, wenn die Russische Föderation die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem KSE-Vertrag beenden würde, und würden jede Schwächung des KSE-Regimes bedauern. In diesem Zusammenhang nehmen sie Kenntnis von der Ankündigung seitens Minister Lawrows, dass eine außerordentliche Konferenz der Vertragsstaaten beantragt werden wird.

Sie bekennen sich unverändert und uneingeschränkt zur Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrags, sobald die restlichen Verpflichtungen erfüllt sind, die Russland in Bezug auf die Republik Georgien und die Republik Moldau eingegangen ist. Sie hoffen, dass dies sehr bald geschehen wird. Das Inkrafttreten des angepassten KSE-Vertrags ist unser gemeinsames Ziel.

Sie glauben, dass sie durch verstärkte Bemühungen im Geiste der Kooperation eine vorwärtsgerichtete Diskussion zur Überwindung der Schwierigkeiten aufnehmen können. Sie meinen, dass die Aufrechterhaltung eines konstruktiven Dialogs ein wesentlicher Schritt zur Lösung der verbliebenen Fragen ist. Sie begrüßen es, dass der Dialog begonnen hat, und sind bereit, ihn mit positiver Einstellung zu führen. Sie sehen einer fruchtbaren Erörterung entgegen.

Ich wurde ferner ersucht, Sie davon in Kenntnis zu setzen, dass Estland, Lettland, Litauen und Slowenien die in dieser Erklärung zum Ausdruck gebrachten Standpunkte voll und ganz unterstützen.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche, dass die erwähnte Erklärung dieser Erklärung beigefügt wird und beide Erklärungen in das Journal des Tages aufgenommen werden.

Danke, Herr Vorsitzender.

FSC-PC.JOUR/15

23. Mai 2007

Anhang

Beilage

DEUTSCH

Original: ENGLISCH

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KANADAS IN DER GEMEINSAMEN BERATUNGSGRUPPE

8. Mai 2007

Herr Vorsitzender,

ich möchte im Namen Deutschlands, der Vereinigten Staaten von Amerika, Belgiens, Bulgariens, Kanadas, Dänemarks, Spaniens, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, Griechenlands, Ungarns, Islands, Italiens, Luxemburgs, Norwegens, der Niederlande, Polens, Portugals, Rumäniens, der Slowakei, der Tschechischen Republik und der Türkei eine Erklärung abgeben.

Wie wir bereits am Ende der Dritten KSE-Überprüfungskonferenz festgestellt haben, bekräftigen wir die fundamentale Rolle des KSE-Vertrags als Eckpfeiler der europäischen Sicherheit und unser Bekenntnis zu seinen Zielen. Wir bekräftigen ferner unsere Entschlossenheit, nach Treu und Glauben alle sich aus dem Vertrag und den dazugehörigen Dokumenten ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen, deren Durchführung zu mehr Vertrauen und Transparenz unter den Vertragsstaaten geführt hat. Wir möchten auf diesem Vertrauen und dieser Transparenz weiter aufbauen, indem wir mit allen Vertragsstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Beratungsgruppe zusammenarbeiten.

Wir registrieren daher mit Sorge die Aussagen von Präsident Putin vom 26. April 2007 in seiner Rede vor der Russischen Bundesversammlung, in der er vorschlug, die Möglichkeit der Aussetzung der Durchführung des KSE-Vertrags durch Russland zu prüfen. Wir wären in Sorge, wenn Russland die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem KSE-Vertrag beenden würde, und würden jede Schwächung des KSE-Regimes bedauern. Wir ersuchen daher die Delegation der Russischen Föderation, die Bedeutung der Erklärung von Präsident Putin klarzustellen.

Wir bekennen uns unverändert und uneingeschränkt zur Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrags, sobald die restlichen Verpflichtungen erfüllt sind, die Russland in Istanbul zu Georgien und Moldau eingegangen ist. Wir hoffen, dass dies sehr bald geschehen wird. Das Inkrafttreten des angepassten KSE-Vertrags ist unser gemeinsames Ziel.

Wir glauben, dass wir durch verstärkte Bemühungen im Geiste der Kooperation eine vorwärts gerichtete Diskussion zur Überwindung der Schwierigkeiten aufnehmen können. Wir meinen, dass die Aufrechterhaltung eines konstruktiven Dialogs ein wesentlicher Schritt zur Lösung der verbliebenen Fragen ist. Wir sind bereit, dies mit positiver Einstellung zu tun und sehen einer fruchtbaren Erörterung entgegen.